

Neopopulismus in Venezuela: Aufbruch in die Dekade der Illusionen?

Röder, Jörg; Rösch, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Röder, J., & Rösch, M. (2001). *Neopopulismus in Venezuela: Aufbruch in die Dekade der Illusionen?* (Brennpunkt Lateinamerika, 1). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444624>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 1

10. Januar 2001

ISSN 1437-6148

Neopopulismus in Venezuela – Aufbruch in die Dekade der Illusionen?

Jörg Röder / Michael Rösch

Seit im Dezember 1998 Hugo Chávez Frías in Venezuela zum Staatspräsidenten gewählt wurde, sind seiner Person und seiner Staatsführung viel Aufmerksamkeit zuteil geworden. Die Spannbreite der daraus entstandenen Diskussion reicht von der Hoffnung auf eine neue linke Integrationsfigur bis hin zur Angst vor einem faschistoiden Militärdiktator. Das Phänomen Chávez verdient Beachtung, die über ein folkloristisches Interesse an lateinamerikanischem Pathos oder blauäugiger Revolutionsromantik hinausgeht. Das politikwissenschaftliche Interesse richtet sich auf die tatsächlichen Veränderungen im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Venezuela und auf die möglichen Folgen für den gesamten Kontinent. Als fünfte, als bolivarianische Republik wird das neue Gebilde in Abgrenzung zum alten seit 1958 von den beiden Traditionsparteien AD (Acción Democrática) und COPEI (Comité de Organización Política Electoral Independiente) beherrschten Staat bezeichnet. Wie ist es um dessen demokratische Ausrichtung bestellt? Ist im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Ecuador, Kolumbien und Peru möglicherweise eine Gegenbewegung zur letzten Welle der Demokratisierung in Lateinamerika zu befürchten?

Historischer Kontext

Eine angemessene Einordnung des Phänomens Chávez ist erst durch einen kurzen Rückblick auf die neuere venezolanischen Geschichte möglich. Denn Chávez ist nicht Produkt eines unerklärlichen abrupten Umschwungs, sondern momentaner Endpunkt eines schleichenden Verfalls des venezolanischen Staatswesens und seiner demokratischen Institutionen. Deshalb sollen der historische Kontext skizziert und in groben Zügen der Weg von Chávez an die Macht rekonstruiert werden. Von Bedeutung ist vornehmlich der Zeitraum ab 1958, dem Ende der Pérez-Jiménez-Diktatur und die daran anschließende Errichtung und Konsolidierung eines politischen Systems, das über lange Jahre als demokratisches Musterbeispiel für Lateinamerika gegolten hatte. Der Korporatismus, der mit dem Pakt von Punto Fijo Einzug gehalten hatte, genauso wie die letztendliche Etablierung eines Zweiparteiensystems

waren verantwortlich für rund 40 Jahre demokratischer Herrschaft.

Der Pakt von Punto Fijo ist ein Abkommen, das im Jahre 1958 von allen relevanten gesellschaftlichen und politischen Kräften Venezuelas geschlossen wurde, mit dem Ziel die Demokratie zu sichern. Die paktierte Demokratie führte jedoch auch zu einem Übergewicht der informellen Einflusskanäle, einem hohen Maß an Korruption und Ämterpatronage und in der Folge zu einer Korrumpierung der Gesellschaft auf allen Ebenen. Die durch die Erdöleinnahmen gesteigerte Umverteilungskapazität des Staates halfen nicht nur ein funktionierendes Staatswesen zu errichten, sondern seit den 50er Jahren die Demokratie zu konsolidieren und sie bedrohende soziale Gegensätze zu überdecken. Das rentistische System behinderte aber die Ausrichtung der Wirtschaft an Marktkriterien ebenso wie ein solides, durch interne Ressourcen finanziertes Wachstum. Spätestens mit Beginn der Schuldenkrise Anfang der

80er Jahre konnte der dadurch aufgelaufene Reformstau nicht mehr verdeckt werden.

Die Wahl von Carlos Andrés Pérez im Jahr 1988, der schon einmal zu Beginn der 70er Jahre Präsident gewesen war, kann als letzter Versuch gelten, innerhalb des alten Parteiensystems Veränderungen durchzuführen. Einer der Gründe für seinen Wahlsieg war, dass er den Eindruck zu erwecken vermochte, mit ihm würden die „goldenen Jahre“ wiederkehren, als Geld keine Rolle zu spielen schien. Im Gegensatz zu seinen Ankündigungen im Wahlkampf musste er jedoch ein restriktives Anpassungsprogramm unter IWF-Aufsicht implementieren. Sozialprogramme mit redistributivem Charakter waren nicht mehr finanzierbar. Die Anpassungsmaßnahmen führten bereits 1989 zu schweren Unruhen, die durch das Militär gewaltsam niedergeschlagen wurden. Drei Jahre später, am 4. Februar 1992, versuchten Militäreinheiten unter der Führung junger Offiziere mit dem Fallschirmspringeroberstleutnant Hugo Chávez Frías an ihrer Spitze, anfangs erfolgreich, staatliche Institutionen zu besetzen. Der Putschversuch schlug fehl, weil die Kommandoaktion scheiterte, mit der Präsident Carlos Andrés Pérez gefangen genommen werden sollte. Am Staatsstreich beteiligten sich etwa 10% der venezolanischen Streitkräfte. Der 2. Putschversuch im November 1992 hatte das Ziel, Chávez zu befreien. Er verlief deutlich gewalttätiger als der erste, blieb aber ebenfalls erfolglos. Diesmal beteiligten sich mehrere hohe Offiziere der Luftwaffe und Marine. Mehr als 100 von ihnen flohen anschließend nach Peru und beantragten dort politisches Asyl. Zu Beginn des Jahres 1993 wurden 186 am Putsch beteiligte Militärs und Zivilisten von einem militärischen Sondergericht zu Haftstrafen zwischen 14 und 28 Jahren verurteilt. Der Oberste Gerichtshof hob dieses Urteil allerdings wenig später mit der Begründung auf, dass Kriegsgerichte in Friedenszeiten unzulässig seien. Carlos Andrés Pérez hatte einen Pyrrhussieg errungen, denn ein Jahr später (1993) wurde er wegen Korruption des Amtes enthoben.

1994 wurde Rafael Caldera als Kandidat eines neuen Wahlbündnisses „Convergencia“ zum Präsidenten gewählt. Damit hatte sich eine der wichtigsten Persönlichkeiten des venezolanischen Parteiensystems, die an der Gründung der COPEI und am Pakt von Punto Fijo großen Anteil hatte, aus dem alten System verabschiedet. Die Amtszeit von Caldera war überschattet von einer schweren Bankenkrise, die den finanziellen Spielraum der Regierung einengte. Eine seiner folgenschwersten Entscheidungen war die Begnadigung von Chávez 1994, die dessen Präsidentschaftskandidatur erst ermöglichte.

Im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1998 waren die beiden großen Parteien fast bedeutungslos, die AD stellte in der Endphase nicht einmal mehr einen eigenen Kandidaten auf und COPEI entschloss sich im Verlauf des Wahl-

kampfs, die unabhängige Kandidatin Irene Saéz zu unterstützen. Die Kandidatur von Chávez eröffnete ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ihm und Henrique Salas Römer, einem Unternehmer, der als Kandidat eines unabhängigen Wahlbündnisses antrat, allerdings als Repräsentant der alten Eliten galt. Den zweiten Wahlgang konnte Chávez deutlich für sich entscheiden (siehe Brennpunkt Lateinamerika 1-99).

Ein erster Schritt zur Konsolidierung der Macht: Die Reform der Verfassung

Der schillernde Politikstil des Hugo Chávez ist schon seit seinem ersten großen öffentlichen Auftritt bekannt. Damals forderte er als Gefangener des Militärs seine Putschkameraden auf, sich zu ergeben, da der Versuch „für den Moment“ gescheitert sei. Der Schwur auf die „todgeweihte Verfassung“ bei seiner Vereidigung zum Präsidenten passt genauso in dieses Bild wie die Ankündigung im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1998, die Köpfe der Repräsentanten von AD und COPEI frittieren zu wollen. Er bedient sich dabei jenes Stilmittels, das als *Antipolítica* bezeichnet wird (Ramos Jiménez 1997: 98). Konkrete Sachpolitik wird ersetzt durch symbolische Politik in Form des Bolivarianismus, den Rückgriff auf Werte und Ideen wie den Panamerikanismus und Angriffe auf die moralische Integrität der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Der diffuse Charakter des Bolivarianismus hat den Charme, dass sich verschiedene Gruppen auf unterschiedliche Weise angesprochen fühlen können, ohne dass damit konkrete Ziele formuliert werden müssten. Jenseits der blumigen bolivarianischen Rhetorik war Chávez jedoch zugleich bestrebt, konkrete Schritte zur Konsolidierung seiner Machtbasis einzuleiten.

Schon im Wahlkampf des Jahres 1998 stellte Chávez klar, dass sein wichtigstes politisches Ziel eine neue Verfassung sei. Der Prozess der Verfassungsgebung sorgte national wie international für große Aufregung. Mario Vargas Llosa sprach in einem Artikel im „El Nacional“ vom Selbstmord einer ganzen Nation. Die neue Verfassung wurde schließlich nach heftigen Diskussionen und Konflikten am 15. Dezember 1999 in einem Referendum mit über 71% der abgegebenen Stimmen angenommen und trat am 1.1.2000 in Kraft. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 46%.

Erstaunlich ist, dass die neue Verfassung in weiten Teilen der alten von 1961 entspricht. Wo sie aber geändert wurde, sind die Änderungen in ihren (potentiellen) Auswirkungen auf das politische System gravierend. Dies betrifft besonders die Stellung des Präsidenten und die Umformung der Legislative in ein Ein-Kammer-Parlament sowie die Schaffung zweier neuer Gewalten; einer „Bürgergewalt“ und einer „Wählergewalt“ (siehe hierzu ausführlich Brennpunkt Lateinamerika 20-00: 206ff.).

Negativ zu vermerken ist auch, dass beim Zustandekommen der Verfassungsgebenden Versammlung die plebiszitären Elemente zur Rechtfertigung dieser Vorgänge gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verstießen. Dennoch bleibt die legitimierende Wirkung von Wahlen und Abstimmungen bei der Bestellung politischen Personals von großer Bedeutung. Für die Bevölkerung wird allein schon durch die Häufung der Wahlgänge der Anschein erhöhter partizipatorischer und gestalterischer Möglichkeiten erweckt. Das inflationäre Auftreten nationaler Abstimmungen (acht in der Zeit zwischen 1998 und Dez. 2000) führt allerdings auch zu erheblichen Kosten. Zu den materiellen Kosten solcher zahlreicher Urnengänge treten die politischen Kosten in Form von Reformblockaden im Wahlkampf und der steigenden Zahl der Nichtwähler.

Die neue Verfassung machte es nötig, alle durch Wahlen zu besetzenden Staatsämter neu zu besetzen. Wegen verschiedener Unzulänglichkeiten in der Organisation der „Megawahlen“ – es sollte über mehr als 36000 Kandidaten abgestimmt werden – wurde der Wahltermin verschoben und in mehrere Teilkomponenten aufgeteilt. Bei den Präsidentschaftswahlen am 30. Juli 2000 gewann Chávez mit ca. 60% deutlich. Das Ergebnis der parallel abgehaltenen Parlamentswahlen ergab für sein Wahlbündnis eine absolute Mehrheit, die für Verfassungsänderungen nötige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde knapp verfehlt. Die Koalition mit dem MAS (*Movimiento al Socialismo*), dem *Proyecto Venezuela* und die Unterstützung durch weitere Abgeordnete ermöglichten allerdings die Gewährung einer „*Ley Habilitante*“ mit 2/3-Mehrheit nach Artikel 203 der neuen Verfassung. Dabei handelt es sich um eine Art „Blanko“-Ermächtigungsgesetz, durch das der Präsident über einen vorher festgelegten Zeitraum in bestimmten Politikbereichen durch Dekrete regieren und Gesetze erlassen kann. Dies war auch bereits nach der alten Verfassung von 1968 möglich gewesen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Bilanz der Regierung Chávez bisher dürrtig. Zwar haben sich die Devisenreserven der Zentralbank nach eigenen Angaben um 6,3 Mrd. US-\$ auf mehr als 21 Mrd. US-\$ erhöht (siehe <http://www.bcv.org.ve>), doch ist dies hauptsächlich auf den stark angestiegenen Ölpreis zurückzuführen. Dieser hat sich seit dem Amtsantritt von Chávez fast verdreifacht. Im selben Zeitraum haben sich aber auch die Auslandsschulden Venezuelas auf mehr als 35 Mrd. US-\$ erhöht, was nicht unwesentlich mit der Steigerung der öffentlichen Ausgaben im ersten Halbjahr 2000 um über 40% zu tun hat. Die ausländischen Direktinvestitionen haben sich im vergangenen Jahr fast halbiert, von knapp 3,6 Mrd. US-\$ auf gut 1,8 Mrd. US-\$. Im Moment sind mehrere große in-

ternationale Firmen dabei, ihre Niederlassungen in Venezuela zu schließen. Die Kapitalflucht betrug 1999 ca. 5 Mrd. US-\$, für das Jahr 2000 rechnet man sogar mit 10 Mrd. US-\$ (siehe Brennpunkt Lateinamerika 20-00: 209). Die Überbewertung der Währung besteht weiter, obwohl sich der Wechselkurs von 566 Bolívar für einen Dollar im Dezember 1998 auf 698 Bolívar Ende Dezember 2000 verschlechtert hat. Das Bruttoinlandsprodukt Venezuelas wird nach einem Rückgang im vergangenen Jahr um 6,1 % dieses Jahr um 3,5% wachsen, was aber aufgrund des Basiseffektes bedeutet, dass es absolut immer noch deutlich unter dem der letzten Jahre bleibt. Die Arbeitslosenquote ist in den letzten Monaten zwar leicht auf 14,3% zurückgegangen, im Vergleich zu 1998 (11,3%) liegt sie aber immer noch deutlich höher¹. Mehr als 80% der Venezolaner leben in Armut.

Erklärt werden kann diese Bilanz teilweise durch die Auswirkungen der Flutkatastrophe im Dezember 1999. Diese hatte verheerende Folgen für Menschen und Wirtschaft. Die Katastrophe verwüstete die Küstengegend vor Caracas weitgehend. Der wichtigste venezolanische Außenhandelshafen in La Guaira wurde völlig zerstört, der Flughafen von Caracas musste lange Zeit geschlossen bleiben und konnte danach nur mit reduzierter Kapazität betrieben werden. Die Einnahmen aus dem internationalen Tourismus haben sich stark vermindert. Gerade vor diesem Hintergrund erscheint es umso bedenklicher, dass die Mehreinnahmen, die aus den gestiegenen Ölpreisen resultieren, in traditionell venezolanischer Manier dazu benützt wurden, um Wahlergebnisse zu sichern und Klientele zu bedienen. Die Löhne im öffentlichen Dienst wurden im Verlauf des Wahlkampfes 2000 zuerst um 20% und dann noch einmal um 10% erhöht, im Vorfeld der Abstimmung über die Verfassungsgebende Versammlung wurde außerdem der gesetzliche Mindestlohn deutlich angehoben.

Außenpolitik

Im Bereich der Außenpolitik griff Chávez immer wieder auf das Stilmittel der Provokation zurück. In diesem Sinne sind beispielsweise diplomatische „Fehlritte“ zu verstehen, wie die demonstrativ aufrecht erhaltene Brieffreundschaft zu dem in Frankreich inhaftierten Terroristen „Carlos“ und die intensiv gepflegten Beziehungen zu Fidel Castro. Auch der im August 2000 kurz nach der Wahl abgehaltene Staatsbesuch in Bagdad, der erste Besuch eines ausländischen Staatsoberhaupts seit dem Golfkrieg, weist auf ein Faible für provokante Gesten hin. Dieser Stil dient dazu, seine Autonomie nach außen hin zu unterstreichen, um im Inneren aktuelle Konflikte zu übertünchen.

¹ Siehe die Daten in der *Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe* der CEPAL (<http://www.eclac.org>).

Immer wieder sorgten die Kontakte zwischen der größten kolumbianischen Guerillagruppe FARC und offiziellen venezolanischen Regierungsstellen für Schlagzeilen und Irritationen. Ende August 1999 wären daraus sogar beinahe bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Venezuela und Kolumbien entstanden. Auch die Anmeldung von Ansprüchen auf ehemals venezolanische Teile Guyanas vor den Vereinten Nationen und das Engagement in der Karibik zeigt die neue panamerikanische Dimension venezolanischer Außenpolitik. Diese Neuorientierung ist eng verbunden mit dem auf Bolivarianismus gegründeten Staatsverständnis der fünften Republik.

Die Krise von intermediären Organisationen und Zivilgesellschaft

Das Scheitern des Modells der paktierten Demokratie führte zu der verbreiteten Ansicht, dass alle in das System inkorporierten Institutionen und Organisationen korrupt und nicht mehr vertrauenswürdig seien. Am stärksten betroffen waren hiervon die traditionellen Parteien: Während nach Meinungsumfragen von 1996 nur noch 30% der Bevölkerung Vertrauen zur öffentlichen Verwaltung und zur Polizei hatten, folgten mit absteigenden Werten die Zentralregierung, die Gewerkschaften, der Kongress und schließlich mit 15% die Parteien. Die höchsten Zustimmungsraten erzielten die katholische Kirche mit 74% und das Militär mit 60% (Carrasqueño/Welsch 1998: 73). An diesen Zahlen lässt sich der tiefe Graben erkennen, der sich zwischen der venezolanischen Bevölkerung und den staatlichen Institutionen, aber auch den intermediären Organisationen aufgetan hat.

Diese Tendenz hat sich Chávez sowohl im Wahlkampf als auch nach seinem Wahlsieg immer wieder zu Nutze gemacht. Exemplarisch kann der Konflikt um die Gewährung einer ersten „*Ley Habilitante*“ im Juli 1999 angeführt werden. Über Wochen hinweg forderte der Präsident vom Kongress die Gewährung dieser Notstandsgesetzgebung. Da zu diesem Zeitpunkt der MVR noch keine Mehrheit im Kongress hatte, wurde die Gewährung immer wieder abgelehnt, bis Chávez schließlich damit drohte, den Kongress aufzulösen, wenn man seinen Wünschen nicht entspreche. Daraufhin erhielt Chávez eine der weitreichendsten „*Ley Habilitante*“ in der venezolanischen Geschichte. In der Bevölkerung fand der rüde Umgang mit dem Parlament breite Zustimmung. Ähnlich verhielt es sich, als sich im August 1999 das Oberste Gericht selbst auflöste und die Verfassungsgebende Versammlung dem Kongress weitere Sitzungen untersagte.

Nachdem die neue Verfassung in Kraft getreten ist, haben vor allem die Parteien noch weiter an Boden verloren. Der gemeinsame Präsidentschaftskandidat von AD und COPEI erreichte bei den Wahlen vom Juli 2000 nicht einmal mehr 3% der Stimmen. Gut 10 Jahre zuvor konnten diese

beiden Parteien noch mehr als 80% der Stimmen auf sich vereinen. Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Jennifer McCoy (1999) äußert deshalb den Verdacht, dass das Ende der alten Parteienherrschaft zu einem parteienlosen System führen könnte. Die Zerstörung der Parteien kann man Chávez schwerlich anlasten, sie haben sich selbst zerrüttet. Doch der Versuch, weitere intermediäre Organisationen auszuschalten, ist nicht zu übersehen. Zusammen mit dem offenkundig mangelnden Respekt vor der Gewaltenteilung ist Schlimmes für die Zivilgesellschaft Venezuelas zu befürchten.

Der Unternehmerverband Fedecameras kann seine Interessen kaum noch geltend machen. Die Kritik an den möglichen ökonomischen Auswirkungen der neuen Verfassung wurde unter dem Verweis auf die korrupte und verbrecherische Vergangenheit venezolanischer Unternehmer kategorisch abgelehnt. Die Gewerkschaften, die ebenfalls durch ihre Inkorporation in das System *Punto Fijo* kompromittiert waren, sollen gar zu einer einzigen nationalen, alle Branchen übergreifenden bolivarianischen Gewerkschaft zusammengefasst werden.

In einer Abstimmung wurde am 3. Dezember 2000 im Rahmen der letzten Stufe der Megawahlen der Gewerkschaftsdachverband CTV bzw. dessen Führung zur Disposition gestellt. Erst kurz vor dem Urnengang hatte Chávez dieses Referendum mit den Kommunalwahlen verknüpft. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 24% stimmten 62% der Wähler dem Vorschlag zu, innerhalb der nächsten 180 Tage die Führungsebenen sämtlicher Gewerkschaften neu zu besetzen. Die Abstimmung wurde sowohl von nationalen Gewerkschaftsvertretern als auch von internationalen Gewerkschaftsorganisationen scharf kritisiert. Die Tatsache, dass formal unabhängige Gewerkschaften einer vom Präsidenten angesetzten Wählerentscheidung unterworfen werden, in der auch Nicht-Mitglieder stimmberechtigt sind, macht deutlich, dass das chavistische Projekt weit über eine Staatsreform hinausgeht.

Die neue Rolle des Militärs als Instrument zur Herrschaftssicherung

Neben der Schaffung neuer formaler, in der Verfassung verankerter Institutionen kam es zu Veränderungen auf der administrativen Ebene und im Bereich der informellen Institutionen, die – auch wenn sie keinen Verfassungsrang haben – genauso weitreichend in ihren Auswirkungen auf die Machtverhältnisse im politischen System und auf das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Venezuela sind.

So ist die Militärpolitik von Chávez geprägt von dem Versuch, Kontrolle über die hohen Befehlsränge zu erlangen. Der Putsch des Jahres 1992 wurde getragen von niederen und mittleren Offiziersrängen sowie von den einfachen Solda-

ten. Viele der Gefolgsleute von Chávez wurden nach den Putschversuchen aus dem Militär entlassen und konnten erst in den letzten Jahren in die Streitkräfte zurückkehren. Nachdem bereits im Juli 1999 eine ganze Reihe von verfassungswidrigen Beförderungen mit massiven Drohungen gegen Parlament und Oberstes Gericht durchgesetzt worden waren, setzte sich diese Praxis im Jahr 2000 fort. Chávez ernannte aus einer Liste des „Nationalen Moralrats“ zahlreiche seiner ehemaligen Mitputschisten zu Generalen oder hievte sie in andere hohe militärische Ämter. Die meisten von ihnen haben kein eigenes Truppenkommando, da das venezolanische Militär nach seiner Mannschaftsstärke zu klein ist. Innerhalb des Militärs werden angesichts dieser Praxis auch kritische Stimmen laut. Ob und in welchem Ausmaß der Rückhalt von Chávez bereits gefährdet ist, fällt bis jetzt allerdings der Spekulation anheim. Klar ist jedoch, wenn Chávez im Militär den Rückhalt verlieren sollte, könnte er sich kaum mehr an der Macht halten.

In Form des „Projektes Bolívar 2000“ hat er dem Militär eine völlig neue Rolle innerhalb der Gesellschaft zugewiesen. Das „Projekt Bolívar 2000“ ist ein Infrastruktur-, Sozial- und Bildungsprogramm. Die Bildungskomponente des Projektes bezieht sich auf die Gründung bolivarianischer Schulen, die zum Ziel haben, bereits unter den Schülern Tugenden zu wecken und zu fördern. Geleitet werden diese Schulen gewöhnlich von Militärs, die an den Putschversuchen des Jahres 1992 beteiligt waren. Unter Tugenden werden vor allem diejenigen verstanden, die Teil des amorphen Bolivarianismusbegriffs sind, also Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Integrität. Diese Werte werden als Gegenbegriff zur Dekadenz der vierten Republik aufgefasst. Allerdings tauchten immer wieder massive Vorwürfe gegen die bolivarianischen Schulen wegen der Bestechlichkeit ihrer Leiter auf.

Chávez will das Militär, wie er sagt, „am sozialen Aufbau Venezuelas“ beteiligen; er nutzt sowohl militärisches Personal wie auch die Infrastruktur der Streitkräfte als eine ihm direkt unterstellte „Parallel-Exekutive“, die nicht durch föderale oder zivilgesellschaftliche Zwänge und parlamentarische Kontrollmechanismen eingeschränkt wird. Im August 1999 waren bereits weit über 150 Chefposten in der Zivilverwaltung und in Schlüsselindustrien durch Offiziere besetzt (Die Welt, 13.8.1999). Seit der Verstaatlichung des Ölsektors 1976 ist die PdVSA (Petróleos de Venezuela, S.A.) das zentrale Element zur Verwirklichung nationaler Entwicklungsziele. Die Festschreibung der PdVSA als Staatsunternehmen in der neuen Verfassung (Artikel 303) und die Berufung gleich zweier Militärs – u.a. eines ehemaligen Verteidigungsministers – in das Direktorium von PdVSA machen deutlich, dass nicht nur mittels des politischen Wettbewerbs,

sondern auch auf anderen Wegen versucht wird, dauerhafte Machtpositionen aufzubauen.

Wie weit diese Bestrebungen reichen, zeigt eine weitergehende Betrachtung des „Projektes Bolívar 2000“. Das Projekt umfasst hauptsächlich Infrastrukturmaßnahmen, wie den Bau von Krankenhäusern, Schulen und Strassen. 23 Garnisonskommandanten überwachen das Projekt und die Vergabe der Mittel im Umfang von bisher rund zwei Milliarden DM. Diese Gelder wurden früher hauptsächlich von den Einzelstaaten und ihren Parlamenten bzw. auf Gemeindeebene verwaltet. Insgesamt 50.000 Soldaten stehen im Einsatz für Maßnahmen, die zuvor privatwirtschaftlich oder durch NGOs durchgeführt wurden (Die Welt, 13.8.99; <http://www.ejercito.mil.ve>). Das Übergewicht einer „Parallel-Exekutive“ ist in Form von fehlender zivilgesellschaftlicher und rechtsstaatlicher Kontrolle, des Abbaus bestehender dezentraler Strukturen sowie gleichzeitiger Zurückdrängung zivilgesellschaftlicher Akteure bei erhöhter Militärpräsenz zu beobachten. Die neue Verfassungsordnung, speziell die geänderte Gewichtung der Gewalten, ist im Zusammenspiel mit der Personal- und Militärpolitik Chávez' als Mittel des Machterhaltes deutbar.

Autoritarismus und Neopopulismus

Festzuhalten ist, dass es sich bei der venezolanischen Demokratie um eine „defekte Demokratie“ (Merkel) handelt, deren autoritärer Regress vorgezeichnet scheint. Angesichts der neuen Rolle des Militärs, das in zivilgesellschaftliche Bereiche eingreift, liegt die Vermutung nahe, es könnte sich bei diesem Eingriff des Militärs in die zivilgesellschaftliche Sphäre bereits um den Übergang zu einem autoritären System handeln.

Vor dem Pakt von Punto Fijo war in Venezuela eine anti-pluralistische Staatsauffassung vorherrschend. An deren Stelle trat nach 1958 ein durch die Örente gestütztes paktiertes Herrschaftsmodell. Die etatistische Tradition in Verbindung mit der Umverteilungspraxis erzeugte die Vorstellung eines, wenn auch im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnung, all-verantwortlichen Staates (Boeckh 1997). Welches Staatsverständnis trägt die fünfte (bolivarianische) Republik? Oder anders gefragt: Kann man jenseits der großen Rhetorik ein Projekt entdecken?

Ein Blick auf die Funktion des „Projektes Bolívar 2000“ macht deutlich, dass man jenseits der Machtpolitik, mit deren Erfordernissen es sich deckt, tatsächlich einen strategischen Plan unterstellen könnte, nämlich den Versuch, dem Staat wieder mehr Autonomie zu verschaffen. Indem man die traditionellen informellen klientelistischen Entscheidungsstrukturen kappt und sie durch direkte Weisungen des Präsidenten an das Militär ersetzt, können etablierte Klientelbeziehungen umgangen werden. Inwieweit das beschriebene „Projekt“ tatsächlich dazu dient, Autonomiegewinne zu erzielen oder ob es nur alte

durch neue Klientelstrukturen ersetzt wird, ist noch nicht abzusehen. Was sich erneut zeigt, ist der Hang zu Patronage und Nepotismus.

Das ganz persönliche Verhältnis von Chávez zum Staat scheint in Richtung „*l'Etat c'est moi*“ zu gehen, was an seiner Praxis der Ämterbesetzung und der Zentralisierung der Macht ablesbar ist; oder wie es ein venezolanischer Universitätsprofessor ausdrückte: „Chávez glaubt, mit der Wahl zum Präsidenten sei ihm ein ganzes Land geschenkt worden, mit dem er jetzt machen kann, was er will.“

Zu klären bleibt die Rolle des Neopopulismus, um die Gefahren für die venezolanische Demokratie abschätzen zu können. Autoritarismus und Demokratie können als Form der Herrschaftsausübung verstanden werden, während Populismus und Neopopulismus vor allem Legitimationsstrategien sind. Deshalb ist es durchaus möglich, unterschiedlichen Regimetypen das Attribut neopopulistisch zuzuordnen.

Populistische Elemente als Legitimationsstrategie können auch in Transitionsprozessen auftretende Phänomene sein, auf dem Weg von einem autoritären Regime zur Konsolidierung einer Demokratie, wie es im Falle Venezuelas nach dem Sturz der Pérez-Jiménez-Diktatur der Fall war. Aber auch der umgekehrte Fall ist denkbar, wenn sich eine stabil scheinende Demokratie in einer Phase „schleichend autoritärer Regression“ befindet. Dann dient der Neopopulismus zur Rechtfertigung der Umgehung rechtsstaatlicher Normen, ohne dabei die demokratische Fassade aufgeben zu müssen. Wahlen werden dann nur soweit zur Bestellung politischen Personals zugelassen, solange die Wahrscheinlichkeit einer grundlegenden Änderung der Kräfteverhältnisse durch Wahlen gering ist.

Neopopulistische Regimes suchen nach einer möglichst breiten Allianz, ohne auf traditionelle intermediäre Organisationen zu rekurrieren. In Venezuela ist Chávez sehr erfolgreich damit, praktisch alle traditionellen Organisationen mit dem Vorwurf der Verstrickung mit dem alten korrupten System zu diskreditieren. *Antipolítica* ist eines der wesentlichen Elemente des Neopopulismus. Deutlich zu erkennen war dies im Wahlkampf von 1998, als Chávez immer wieder seine Gegner beschimpfte, statt mit inhaltlichen Argumenten zu überzeugen. Seinen schärfsten Konkurrenten Henrique Salas Römer beispielsweise nannte er nur „*Frijolito*“, nach dem Namen des Pferdes von Salas Römer. Im Wahlkampf 2000 hat er in Analogie dazu den Titel „*Frijolito II*“ für Francisco Arias Cárdenas gewählt, um zu zeigen, dass auch er eigentlich ein Repräsentant des alten Systems sei. Er weigerte sich lange Zeit, den Namen seines Gegenkandidaten öffentlich auszusprechen, und bezichtigte ihn vornehmlich, die Ideale des Putsches verraten zu haben. Auch die Kampagne im Vorfeld des Referendums zur neuen Verfassung war geprägt von

persönlichen Angriffen und Drohungen gegenüber allen Kritikern.

Entsprechend sind die Hauptgegner der Bewegung von Hugo Chávez, des *Movimiento Quinta República* (MVR), die traditionellen Parteien AD und COPEI. Die Absetzung vom alten System wird schon an der Namensgebung der „Bewegung Fünfte Republik“ (MVR) deutlich, die bewusst den Begriff Partei vermeidet. Fast ausnahmslos gelten alle traditionellen intermediären Organisationen durch ihre Beteiligung am alten korporativen System als vorbelastet, da sie von Chávez für die Krise Venezuelas verantwortlich gemacht werden, womit es ihm gelungen ist, sie im politischen Wettbewerb zu marginalisieren und damit dem MVR eine privilegierte Stellung zu verschaffen.

Das Verhältnis zwischen Chávez und dem venezolanischen Volk lässt sich am besten als „Massenklientelismus“ beschreiben. Er pflegt eine unpersönliche Beziehung zu sozialen Gruppen, d.h. es handelt sich nicht um eine ihm persönlich bekannte Klientel, sondern um eine möglichst große Zahl von Personen, die über die Diffusion klientelistischer Handlungen angesprochen werden. Sinnbildlich dafür ist seine Live-Fernsehshow „*Aló Presidente*“, in der Bürger telefonisch ihr Anliegen vortragen können und Chávez persönlich für eine Lösung des Problems sorgt, meist im Rahmen des „Projekts Bolívar 2000“. Damit lässt sich der Eindruck erwecken, der Kontakt zwischen Exekutive und Regierten sei sehr viel unbürokratischer als unter den vorherigen Regierungen. Die distributiven Leistungen des Staates, die im Rahmen des „Projektes Bolívar 2000“ und durch direkte Zuwendungen des Präsidenten erbracht werden, entziehen sich der administrativ-rechtsstaatlich verregelten Sphäre. Auch sonstige öffentliche Auftritte des Staatshaupts folgen dem Typus des ‚starken Mannes‘, der die Beseitigung von Missständen persönlich anpackt.

Die im „Massenklientelismus“ angesprochenen Gruppen sind vornehmlich städtische Arme und Staatsangestellte. Durch massive Lohnerhöhungen ist es Chávez gelungen, sich die Loyalität der Angestellten im öffentlichen Dienst zu sichern. Die Gruppe der Armen spricht er mittels seiner Selbstdarstellung als unbürokratischer Helfer an. So lässt sich erklären, dass im Januar 2000, trotz der dürftigen Regierungsbilanz, 83% der Venezolaner Chávez attestierten, gute Arbeit zu leisten (Carrasqueño/Welsch 2000).

Die Gegenleistung für die Patronage ist die Unterstützung bei Wahlen. Alle Wahlergebnisse seit 1998 belegen, dass die Zustimmung zu Chávez bzw. zu dessen Kandidaten und Projekten sehr hoch ist. In der Verfassungsgebenden Versammlung betrug der Anteil der Chavisten mehr als 94%. Es gibt keine Anzeichen, dass diese Ergebnisse das Resultat von Wahlfälschungen oder Manipulationen waren. Zugleich ist diese

hohe Zustimmungsrates auf eine Mobilisierung der eigenen Anhänger bei einer gleichzeitigen Depolitisierung der Gesellschaft zurückzuführen, die ihren Ausdruck in einer hohen Wahlenthaltung findet. So nahmen an den Kommunalwahlen im Dezember 2000 (s. <http://www.cne.cantv.net>) nur noch knapp 24% der Wahlberechtigten teil. Die Chávez-Anhänger konnten zwar rund 65% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, aber angesichts der geringen Wahlbeteiligung und des mit ca. 25% hohen Anteils an ungültigen Stimmen war dies ein glanzloser Sieg.

Eine „Dekade der Illusionen“?

Nach dem Tiefpunkt der „verlorenen Dekade“ und der „Dekade der Hoffnungen“, in der man über das Hoffen nicht hinaus kam (vgl. Brennpunkt Lateinamerika 07-99), stellt sich die Frage, welchen Titel das neu angebrochene Jahrzehnt für Venezuela tragen wird. Sollte man nicht angesichts sozialer Fortschritte, die hauptsächlich rhetorisch stattfinden, und angesichts einer formalen Demokratie und eines Rechtsstaates, welche nur Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens erfassen, von der kommenden „Dekade der Illusionen“ sprechen? Illusion umfasst dabei sowohl die Selbsttäuschung über einen in Wirklichkeit weniger positiven Sachverhalt als auch die Täuschung anderer zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Die Erzeugung von Illusionen kann in diesem Sinne als ein Mittel zur Vergrößerung von Handlungsspielräumen verstanden werden.

So erzeugt die Illusion, sich internationalem Druck nicht zu beugen, in der Bevölkerung Popularität. So ist etwa die von Chávez demonstrativ aufrecht erhaltene Freundschaft und die Imitation von Fidel Castro eine klare Provokation der USA und wird in der eigenen Bevölkerung auch so aufgefasst. Der seit Monaten anhaltende Konflikt mit den USA um Überflugsrechte zur Kontrolle des Drogenhandels in Kolumbien ist ebenso ein Beispiel. Damit wird eine Position der Stärke vermittelt, die nicht unbedingt einen realen Gegenstand haben muss, aber autoritäts- und identitätsstiftend wirkt. Für das Projekt nationaler Rekonstruktion, das dem Populismus innewohnt, ist das von entscheidender Bedeutung (Ramos-Jiménez 1997: 92). Der der fünften Republik zumindest implizit eigene Panamerikanismus dient ebenfalls dazu, die nationale Identität zu stärken und die Größe der eigenen Nation herauszustellen. Dies findet seinen Ausdruck sowohl in territorialen Ansprüchen als auch im Rekurs auf nationale Helden.

Verstärkt wird dieses Element durch die Illusion, nur eine Person könne die Probleme des Landes lösen. Die Vorstellung, nationale Entwicklung – sowohl sozial als auch wirtschaftlich – hänge in entscheidendem Maße von einer Person, einem „messianischen Retter“ ab, spielt Chávez in die Arme. Die Ankündigung, die Ar-

mut Venezuelas zu beseitigen, wenn man ihm nur 12 Jahre Zeit und Vertrauen gäbe, half Chávez die neue Verfassung mit großer Mehrheit annehmen zu lassen. Zwar gibt es kaum konkrete Aussagen, wie diese Armutsbekämpfung stattfinden soll, aber offenbar ist es ihm gelungen, damit sogar noch Zeit zu gewinnen. Während man ihm laut einer Umfrage im März 1999 noch ein Jahr Zeit gab, um die dringendsten Probleme zu lösen, wurden ihm im Januar 2000 weitere 18 Monate zugebilligt (Carrasqueño/Welsch 2000). In den ersten Monaten der Amtszeit von Chávez waren es vor allem die Debatte um eine „*Ley Habilitante*“ und danach die Diskussion um die neue Verfassung, die halfen, die relative Tatenlosigkeit der Regierung zu verbergen. Nach der Annahme der neuen Verfassung erfüllten die Flutkatastrophe und die Wahlkämpfe diese ablenkende Funktion. Es ist der Regierung also gelungen, trotz der wenig schmeichelhaften Bilanz ihrer bisherigen Amtszeit den Eindruck zu erwecken, dass gehandelt würde.

Ausblick

Auch wenn man vor dem Hintergrund der lateinamerikanischen Entwicklung der letzten Jahre mit einiger Berechtigung von der erstaunlichen „Belastbarkeit und Krisenresistenz“ der Demokratien sprechen kann (Barrios/Boeckh 2000), stellt sich doch die Frage, ob nicht in Venezuela eine Rückentwicklung stattgefunden hat, die bereits einen generellen Umschwung der Verhältnisse in Lateinamerika ankündigt. Worin liegt die Attraktivität der spezifischen Entwicklung des venezolanischen Staatswesens für potentielle Nachahmer? Im Sinne der Erweiterung von Handlungsspielräumen ist die Strategie, derer sich Chávez bedient, bislang durchaus erfolgreich. Innenpolitisch kann er mit stabilen Mehrheiten und ohne relevante politische Gegner regieren. Die kontrollierende Funktion der Gewaltenteilung wurde durch die Mehrheitsverhältnisse und die Änderungen in der Verfassung nahezu ausgeschaltet. Außenpolitisch ist es gelungen, Sympathien zu wecken und massive Umwälzungen im politischen System ohne relevante äußere Kritik autonom zu vollziehen.

Über die Richtung der gegenwärtigen Entwicklung kann es keinen Zweifel geben. Venezuela erreicht im aktuellen Freedom-House-Index nur noch den Status „partly free“, was einen historischen Tiefstand für das Land darstellt (<http://www.freedomhouse.org>). Trotzdem erscheint es (noch) übertrieben, vom Ende der Demokratie in Venezuela zu sprechen. An den Ereignissen in Peru kann man erkennen, was geschieht, wenn die populistische Legitimationsstrategie sich erschöpft hat, wenn die Illusion verpufft ist. Ob all das Venezuela noch bevorsteht, ist offen. Chávez steht nun unter einem enormen Erfolgsdruck, dem er angesichts der wirtschaftlichen Verfassung Venezuelas nur

mühsam und nur unter sehr günstigen Umständen standhalten können wird. Kurzfristig ist es Chávez gelungen, seinen Handlungsspielraum zu vergrößern und das vorhandene Protestpotential zu kanalisieren, so dass er in der Lage war, die bestehenden Institutionen zu seinen Gunsten umzugestalten. Die daraus erwachsene Machtfülle könnte anderen Präsidenten Lateinamerikas durchaus verlockend erscheinen. Inwieweit die durchgeführten institutionellen Reformen geeignet sind, Effizienz und Effektivität bei der Entschärfung der sozialen Krise zu steigern und stabile Rahmenbedingungen für ein weitergehendes Modernisierungsprogramm zu schaffen, wird darüber entscheiden, ob sie sich als dauerhaft erweisen können.

Weiterführende Literatur:

- Barrios, Harald / Boeckh, Andreas 2000: Demokratie in Lateinamerika, in: APuZ B21/2000, S. 10-15.
Boeckh, Andreas 1997: Venezuela: Die schmerzvolle Transformation eines Erdöllandes, in: Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter (Hrsg.): Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik, Opladen, S. 285-315.

Carrasqueño, José Vicente / Welsch, Friedrich 1998: Auflösungserscheinungen einer stabilen Demokratie, in: Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation Nr. 37, Hamburg S. 70-83.

--- / --- 2000: Opinión pública y cultura política en Venezuela: La consolidación del "chavecismo", in: Turner, Frederic C./Welsch, Friedrich: Opinión pública y elecciones en América, Caracas, S. 173-192.

McCoy, Jenifer L. 1999: Chávez and the end of "Partyarchy" in Venezuela, in: Journal of Democracy 10/3, S. 64-78.

Ramos Jiménez, Alfredo 1997: Las formas modernas de la política. Estudios sobre la democratización de América Latina, Mérida.

Venezolanische Zeitungen im Internet :

El Nacional: <http://www.el-nacional.com>

El Universal: <http://www.el-universal.com>

Vorherige Brennpunkte zu Venezuela :

Politischer Umbruch in Venezuela. Der Wahlsieg von Hugo Chávez und seine Folgen (Klaus Bodemer/Detlef Nolte), Brennpunkt Lateinamerika Nr. 01-99 (im Internet über <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IJK>)

Die venezolanische „Megawahl“ vom Juli 2000 und ihre Folgen: Legitimation der Bolivarianischen Republik (Friedrich Welsch/Nikolaus Werz), Brennpunkt Lateinamerika Nr. 20-00

Autorennotiz: Jörg Röder und Michael Rösch sind studentische Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politik in Lateinamerika und Entwicklungstheorie (Prof. Dr. Andreas Boeckh) der Universität Tübingen.
E-Mail: joergroeder@gmx.net; michael.roesch@gmx.net .

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IJK) in Hamburg herausgegeben. Das IJK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IJK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IJK>